

Startschuss für Volksbegehren

Freie Wähler: Straßenausbaubeitragssatzungen abschaffen

BAYREUTH. Die Freien Wähler starten ein Volksbegehren zur Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzungen in den bayerischen Kommunen. Hierzu müssen in einem ersten Schritt 30.000 Unterschriften gesammelt werden, damit das Volksbegehren offiziell zugelassen wird.

Der Startschuss für die Unterschriftensammlung im Bereich Bayreuth fiel dieser Tage im Glashüttener Rathaus. Die Wahl des Ortes kam nicht von ungefähr, schließlich hatte der Glashüttener Gemeinderat mit den meisten Widerstand geleistet, als die Kommunen im

Landkreis Bayreuth in den vergangenen Jahren seitens der Rechtsaufsicht im Auftrag des Freistaates Bayern dazu gezwungen wurden, ihre Bürger an den Kosten von Straßenausbaumaßnahmen zu beteiligen.

„Die Straßenausbaubeiträge sind ungerecht und stellen eine erhebliche finanzielle Belastung für viele Anlieger dar. In manchen Fällen können diese Zahlungen sogar ruinös sein“, begründete Landtagsvizepräsident Peter Meyer das Volksbegehren. Statt mit Beiträgen der Anlieger sollten die Straßenausbaumaßnahmen aus allgemeinen Steuermitteln finanziert

werden. Die Gemeinden müssten hierzu eine entsprechende Unterstützung vom Freistaat Bayern erhalten.

Ob das Volksbegehren noch durchgeführt werden muss, erscheint unterdessen fraglich. Bei ihrer Klausur in Kloster Banz hat sich die CSU-Landtagsfraktion dieser Tage nämlich auch für eine Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung ausgesprochen.

So lange allerdings nicht klar ist, ob die Umsetzung durch die Staatsregierung im Sinne der Freien Wähler erfolgt, wollen diese am Volksbegehren festhalten. rs



Der Startschuss für die Unterschriftensammlung in der Region Bayreuth: Von links: Freie-Wähler-Landratskandidat Florian Wiedemann, der Glashüttener Bürgermeister Werner Kaniewski (SPD) sowie Freie-Wähler-MdL und Landtagsvizepräsident Peter Meyer. Foto: red